

Loccumer Initiative kritischer  
Wissenschaftlerinnen und  
Wissenschaftler:  
Die Illusion der neuen Freiheit.  
Realitätsverleugnung  
durch Wissenschaft.  
Mit Beiträgen von R. Becker-Schmidt,  
M. Krätke, A. Krovoza, O. Negt,  
J. Perels, J. Seifert, Th. v.d. Vring,  
Offizin Verlag Hannover 1999,  
162 S. (14,80 DM)

Wem an einer atemberaubenden Lektüre gelegen ist, der greife zu dieser Broschüre kritischer Interventionen. Hier wird Klartext geboten. Der »postmoderne Kahlschlag des Denkens« wird in seinen verschiedenen Varianten intellektuell zugrunde gerichtet.

Im Destruktiven geht es zum Beispiel um die »Risikogesellschaft«, jene Wortverbindung mit versicherungsrechtlichem Beigeschmack, die durch Ulrich Becks Monographie von 1986 zu einem soziologischen Schlüsselbegriff geworden ist, mit dem die Klassenstruktur und -gegensätze der bürgerlichen Gesellschaft ad acta gelegt zu sein scheinen. »Als fresse sich der objektive Geist durch die Verhältnisse, ohne daß es dafür Macht-Motive und Herrschaftsinteressen auf dem Markt gäbe«, heißt es bei Oskar Negt (S. 25), der einem losgelassenen, lustvollen Marxismus frönt, mit dem er (S. 51) den Dritten Weg, das Jenseits von Links und Rechts, ebenso wie die neue Mitte als bloße Scheinalternativen zum Kapitalismus denunziert.<sup>1</sup> Oder Michael R. Krätkes vor Belesenheit strotzende, mit Ironie und Zynismus nicht geizende Abhandlung über den Status der neoklassischen Ökonomie als Zivil- und Alltagsreligion, die nicht hinterfragbare Deutungsmuster und Normen zu bieten beanspruche, an denen sich politisches wie soziales Handeln zu orientieren habe (S. 101). Fast so sicher wie der Satz, daß der Papst an Gott glaubt [ich bin mir da nicht so sicher!], gelte der Satz, daß in den oberen Rängen der Forschungseinrichtungen und Fachverbände nur gläubige Neoklassiker anzutreffen sind. Einer dieser Wirtschaftswissenschaftsprofessoren wird so zitiert: »I don't care

who writes a nation's laws, if I can write its economics textbooks« (S. 104).

Im Konstruktiven handelt es sich um das Unabgeholte der demokratischen Traditionen des Sozialismus, darum, die kritischen Gesellschaftsanalysen des »westlichen Marxismus« wieder ins Licht des öffentlichen Bewußtseins zu bringen. Das erfolgt etwa durch Joachim Perels anhand des »Schwarzbuches des Kommunismus«, dessen ideologische Elemente die Zerstörung des emanzipatorischen Gedächtnisses der Menschheit, die Verdrängung sozialistischer Stalinismuskritik zu bewirken bestimmt seien.<sup>2</sup>

Bereits die Fragestellung, ob eine über die kapitalistische Zivilisation hinausreichende Gesellschaft überhaupt möglich sei, wird von dem »Schwarzbuch«-Autoren Stephane Courtois, einem gewesenen Maoisten, ins Abseits einer a limine verbrecherischen Gedankenwelt verbannt (S. 86). Um so dringlicher sei es, humane Alternativen zur kapitalistischen Herrschafts- und Profitordnung wenigstens wieder diskutabel werden zu lassen.

Im politikwissenschaftlich Konkreten bietet u.a. Jürgen Seifert eine Fallstudie darüber, mit welchen werbewirksamen Methoden Gerhard Schröder die letzte Bundestagswahl zu seinen Gunsten entschied. Liest man über den (legalen) Wählerbetrug durch die SPD-Produktwerbung (unabhängig ob arm oder reich), durch den bewußten Verstoß gegen die Parteilinie (wegen des besonderen Nachrichtenwertes), durch das Unterlaufen der Feindbilder (z. B. mittels des Satzes, nicht alles anders, aber vieles besser zu machen), durch das anti-ideologische Charisma (... la Blair), dann könnte einem das Wählen und die Lust auf Demokratie vergehen, was wohl auch zum Sinn der Sache gehört. Daß das aber nicht im Interesse Jürgen Seiferts liegt, des nun Emeritus-Kämpfers für Demokratie und Sozialismus,<sup>3</sup> versteht sich von selbst. Seine Bemerkung, Schröder habe Erwartungen geweckt, die sich, wenn sie enttäuscht werden, rasch gegen ihn wenden können (S. 98), haben inzwischen ins (im Doppelsinn des Wortes) Schwarze getroffen.

Die Überzeugungskraft des brisanten Bändchens hängt gewiß auch damit zusammen, daß deren Autoren Marxens Theorie nie als Erklärungs-Dorado für die moderne Welt mißverstanden haben. Überdies sind sie allesamt

über jeden Verdacht einer Kooperation mit stalinistischen Organisationsmodellen erhaben. Freilich sind sie auch nicht durch jene Wendehalsgeschmeidigkeit »ausgezeichnet«, die aus Stalinisten, Trotzlisten, Maoisten im Handumdrehen hat Antikommunisten werden lassen.

HERMANN KLENNER

- 1 Vgl. Wolfgang Lenk (u.a.): Kritische Theorie und Politischer Eingriff (Oskar-Negt-Festschrift), Hannover 1999, S. 681ff.
- 2 Vgl. Joachim Perels: Demokratie und soziale Emanzipation, Hamburg 1988, S. 228ff.: »Kein Sozialismus ohne demokratische Rechtsordnung«.
- 3 Vgl. Michael Buckmiller/J. Perels (ed.): Opposition als Triebkraft (Jürgen-Seifert-Festschrift), Hannover 1998, S. 533.

Hansjörg Herr, Kurt Hübner (Hg.):  
Der »lange Marsch« in die  
Marktwirtschaft. Entwicklungen und  
Erfahrungen in der VR China und  
Osteuropa, fhw forschung 24/35,  
Edition sigma Berlin 1999,  
279 S., br., (29,80 DM)

Obwohl nach der Zeitenwende 1989/90 die »Transformationsforschung« geradezu zu einer sozialwissenschaftlichen Modedisziplin nicht zuletzt auch für frustrierte »Dritte-Welt«-Forscher avancierte, fristet die Beschäftigung mit dem (Entwicklungs)Land, das wohl die größten Erfahrungen beim Versuch des Übergangs von einer staatssozialistischen Planwirtschaft zu einem marktwirtschaftlichen System – mit welchem Attribut auch immer – gesammelt hat, hierzulande merkwürdigerweise noch immer ein Schattendasein. Allenfalls in der GUS-Region flackern angesichts des Reformdesasters hin und wieder ansonsten schon fast erloschene Überlegungen auf, ob an Stelle der Orientierung auf die von maßgeblichen Akteuren aus dem Westen empfohlene »Schocktherapie« nicht der »chinesische Weg« in die Marktwirtschaft der bessere gewesen wäre. Eine ernsthafte Erörterung der Frage scheint indessen müßig, weil die Chancen auf einen alternativen Entwicklungspfad, wenn sie denn je wirklich bestanden, längst verspielt sind. China eignet sich aus der Sicht westlicher Transformationsforschung wie mittel- und osteuropäischer Reformpraxis besten-

falls als Projektionsfläche für mehr oder minder aufgeregte Debatten über transformationsstrategische Glaubensfragen – was im vorliegenden Buch mit den beiden Aufsätzen von Jeffrey Jachs/Wing Thye Woo und Barry Naughton exemplarisch vorgeführt wird.

Insgesamt zielen die Herausgeber aber nicht nur auf gesellschaftliche »Wirklichkeiten im Vergleich« (S. 7), sondern auf »eine Zwischenbilanz der Transformationsprozesse« (S. 9). Diese scheint um so dringlicher, als die »Auflösung der planwirtschaftlichen Strukturen und der Umbau der politischen Systeme ... weder gleichbedeutend mit der Entstehung nachhaltiger politischer, sozialer und ökonomischer Entwicklungsmuster (ist), noch ... diese mit dem Aufbau eines einheitlichen post-sozialistischen Entwicklungsmodells einher(gehen)« (S. 9). Das Vorhaben selbst wird in drei Teilen – »makroökonomische Entwicklungspfade«, »Transformationserfahrungen im Finanzsektor« und »Transformationserfahrungen auf Unternehmensebene« – präsentiert.

Nach der eher dogmatischen Kontroverse um »Big Bang« oder »Gradualismus« zwischen Sachs/Woo und Naughton, die mit der Reformwirklichkeit Chinas etwa soviel zu tun haben dürfte, wie ein Hollywood-Western mit der US-amerikanischen Geschichte, versuchen Silke Tober und Hansjörg Herr im wohl gehaltvollsten Beitrag des Buches überhaupt, einen »Erklärungsansatz für die deutlich verschiedenen Entwicklungspfade« zu entwickeln und davon »ökonomische Perspektiven« (S. 78) abzuleiten. An Hand von drei unterschiedlichen »Marktconstellationen«, in den Visegrád-Staaten (Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei), in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und in der Volksrepublik China, demonstrieren Herr/Tober, wie wenig marktwirtschaftlicher Fundamentalismus gegen die hartnäckigen Probleme gesellschaftlicher Transformation auszurichten vermag. Ökonomischer Pragmatismus und politische Vorsicht haben sich sowohl für die Ostmitteleuropäer als auch für China ausgezahlt, während die »wesentlich radikalere Politik« (S. 101) in der GUS-Region direkt in ein »Big Bang«-Fiasko mit verhängnisvoller Langzeitwirkung geführt hat. Warum dieses eingetreten ist, darüber läßt sich bei Herr/Tober eine Men-

ge lernen. Anschließend analysiert Kurt Hübner, gestützt auf einen makroökonomisch-qualitativen Ansatz (vgl. S. 122), vor allem die außenwirtschaftlichen Erfolgsbedingungen des »chinesischen Sonderpfades der Transformation«.

Damit hat das Buch, das für eine »Zwischenbilanz« eine erstaunlich kurze »Halbwertszeit« aufweist, seinen Höhepunkt überschritten. In den folgenden Beiträgen spielt die Vergleichsperspektive eine immer geringere Rolle und verschwindet schließlich ganz. Feng Zhaobai und Cao Tinggui treibt in bezug auf China ein ähnlich aussichtsloses Unterfangen wie Jan Szambelanczyk und Waclaw Wilczynski mit Blick auf Polen – sie versuchen den Aufbau eines marktwirtschaftlichen Bankensystems, eine Thematik, die Stoff genug für zwei Bücher abgeben würde, in der gebotenen Artikelkürze abzuhandeln. Was dabei herauskommt ist eher langweilig, für Experten zu grobmaschig, für interessierte Laien zu voraussetzungsvoll. Auffällig ist – eher am Rande – die bemerkenswerte Loyalität, zu der sich beide Autorenteam gegenüber den jeweiligen Regierungen, aus welchen Gründen auch immer, veranlaßt sehen. Während die beiden Chinesen die »sozialistischen Marktwirtschaft« beschwören und die Lösung aller gegenwärtigen Probleme von der »Vollendung der Reform« erwarten, glauben die beiden Polen, ein flammendes Bekenntnis zur Regierung Buzek-Balcerowicz verbunden mit Forderungen nach mehr Konkurrenz, rascher Privatisierung und »rücksichtslosen Streichungen« (S. 187) bei Subventionen abgeben zu müssen.

Im abschließenden dritten Teil befassen sich zwei Beiträge mit der Transformation in mittel- und osteuropäischen Unternehmen. Handwerklich solide, aber ohne rechte Bindung zu den anderen Teilen des Buches werden in beiden Aufsätzen jeweils spezifische Seiten der Umorientierungen im Unternehmenssektor erörtert. Volker Trommsdorff bezieht sich dabei vor allem auf kulturell-historische Faktoren, die Einstellungen und Verhaltensmuster des Managements wie der Belegschaften auch nach der marktwirtschaftlichen Transformation weiter prägen. Für Gerlinde Dörr und Tanja Kessel stehen die Wirkungen ausländischer Direktinvestitionen in Tschechien und Ungarn – am Beispiel des Volkswagen-

konzerns – im Zentrum der Analyse. Interessant wäre hier ein Vergleich dessen, was in beiden Aufsätzen als »typisch« hinsichtlich der Unternehmenskultur für Mittel- und Osteuropa erachtet wird. Während Trommsdorff, wenn er pauschal von Mittel- und Osteuropa spricht, eigentlich immer die GUS und speziell Rußland im Hinterkopf hat, speisen sich die Verallgemeinerungen von Dörr/Kessel nahezu ausschließlich aus Befunden in den Visegrád-Ländern. Aber solche Quervergleiche waren im Konzept der Herausgeber offensichtlich nicht vorgesehen. Vielleicht hat auch einfach nur die Zeit dafür gefehlt.

Denn auch zehn Jahre nach dem »Start« wird auf dem Gebiet der Transformationsforschung noch immer mit »heißer Nadel« gearbeitet. Davon zeugt leider auch im vorliegenden Buch eine auffällige Menge an Druckfehlern und Lektoratsmängeln – zum Beispiel hätte mancher Leser sicherlich auch gern einiges zur Mitautorin Silke Tober erfahren...

ARNDT HOPFMANN

### Arbeitsgruppe Alternative

Wirtschaftspolitik: Memorandum '99. Mehr Konsequenz beim Kurswechsel – Vorrang für Beschäftigung, Umwelt und Gerechtigkeit, PapyRossa Verlag Köln 1999, 288 S. (29,80 DM)

Wie schon in den Vorjahren, so legte auch in diesem Jahr die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik pünktlich ihr Memorandum vor und bereichert damit die wirtschaftspolitische Diskussion um einige, heute kaum noch wegzudenkende Aspekte. Ihr diesjähriges Statement konzentriert sich auf eine Abrechnung mit der konservativ-liberalen Angebotspolitik und auf die Herausforderungen, vor denen die rot-grüne Regierung gegenwärtig steht. Im einzelnen sind dies Fragen wie die Fortführung der europäischen Integration, die anstehende Osterweiterung der EU, der Umbau des Sozialstaats, die Umweltpolitik, die Steuerpolitik, das Problem der Arbeitslosigkeit u. a. m. Ein gesonderter Punkt ist Ostdeutschland gewidmet, insbesondere den entmutigenden Ergebnissen des wirtschaftlichen Aufholprozesses seit 1995. Neben dem aus-

fürlichen Text enthält auch dieser Band eine 50seitige Kurzfassung, inklusive einer Liste mit den Namen der Unterzeichner des Memorandums. Die kritische Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen und sozialen Lage durch die MEMO-Gruppe sowie die in diesem Kontext unterbreiteten Alternativen und Vorschläge stellen nach wie vor die wichtigste Antwort auf die offizielle Berichterstattung der Bundesregierung zur wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Situation dar. Daran hat sich auch nach dem Regierungswechsel 1998 grundsätzlich nichts geändert. Gleichwohl dürfte es unter den neuen Bedingungen schwieriger geworden sein, Kritik zu üben, da Regierung und Kritiker mehrheitlich ein und demselben politischen Lager angehören. Aber nichts destoweniger werden auch in diesem Band kritische Positionen bezogen und Auseinandersetzungen geführt, wenn auch im Ton etwas sanfter als früher und in der Polemik entschieden zurückhaltender. Deutlich sichtbar wird dies in dem Abschnitt »Sozialpolitik«. Eingangs wird hier betont, daß die neue Bundesregierung sich »außer am Abbau der Massenarbeitslosigkeit« vor allem daran messen lassen muß, wie ihr »die finanzielle Stabilisierung der Solidareinrichtungen und die Schließung von Sicherungslücken gelingt«. Und weiter steht dort: »Ohne klare Weichenstellung in Richtung einer mittelfristig beherrzten Umverteilung von oben nach unten wird sich keines der beiden Ziele erreichen lassen« (S. 82). Inzwischen hat die Regierung den vielen Worten im Wahlkampf Taten folgen lassen. Die aber, so hat es bisher jedenfalls den Anschein, folgen einer etwas anderen Diktion. Konkret wird dies an zwei Punkten untersucht, an den Maßnahmen zur Alterssicherung und an der Regelung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse. In beiden Fällen ist der Stand höchst unbefriedigend. Aber auch die Vorschläge der Arbeitsgruppe können letztlich nicht überzeugen. Offensichtlich sind die Herausforderungen der Zukunft größer und die notwendigen Einschnitte radikaler, als dies heute irgendeine Gruppe bereit ist zuzugeben. Zumal, wenn die Besitzstandswahrung fast aller von vornherein als Prämisse gesetzt wird, wie dies auch hier der Fall ist. Besser gelungen ist der steuerpolitische Alternativvorschlag, der sich konsequent an den

Zielen einer »sozial gerechteren Verteilung« (S. 25) orientiert und auch volkswirtschaftlich eine Reihe von überzeugenden Argumenten ins Feld führen kann.

Das Kapitel über Ostdeutschland ist mit »Nachhaltige Rückständigkeit« überschrieben, was wohl zutreffend ist, wie die zahlreichen im Text angeführten Daten belegen. So arbeiten die Autoren heraus, daß die hohe Wachstumsdynamik in den ersten Jahren wesentlich eine Folge der Krise 1990/91 war, nicht aber der Beginn einer nachhaltigen Entwicklung. Im Unterschied zu anderen Publikationen wählten sie als Referenzjahr 1989 (und nicht 1991). So läßt sich auch statistisch zeigen, daß seit 1990 in der ostdeutschen Wirtschaft zwar beachtliche Strukturveränderungen erfolgten, aber kein Wachstum über das DDR-Niveau hinaus. Ein zweiter Punkt ist, daß die wirtschaftliche Rückständigkeit des Ostens heute weniger auf die Erblasten der DDR als vielmehr auf die verfehlte neoliberale Politik seit 1990 zurückgeführt wird. Dabei stellt die »hohe Massenarbeitslosigkeit die verheerendste Erblast der Kohl-Regierung« (S. 200) dar. Als Struktur­mängel Ostdeutschlands, die aus dem Vereinigungsprozeß resultieren, führen sie u.a. die Eigentumsverhältnisse an, ferner die durch Deindustrialisierung geprägte Wirtschaftsstruktur, die einseitig am Bausektor orientierte Investitionsstruktur und die Elitenverteilung, welche die Ostdeutschen klar benachteiligt (S. 202). An Hand verschiedener Modellrechnungen zeigen die Autoren, daß »selbst wenn endlich mit dem Aufbau eines Produktionsapparates begonnen werden würde, der einerseits den Erfordernissen nachhaltiger Entwicklung entspricht und andererseits eine regionale Wertschöpfungsbasis wiederherstellt, bliebe die Abhängigkeit von Transferzahlungen aus dem Westen noch auf eine sehr lange Zeit bestehen.« (S. 33)

So wie die Veröffentlichungen der MEMO-Gruppe seit Jahren ihren festen Platz im wirtschaftspolitischen Diskurs der Bundesrepublik haben, wird auch dieser Band Eingang in die Debatten finden. Für die folgenden Bände jedoch darf erwartet werden, daß sich die Verfasser angesichts der rot-grünen-Regierungsmacht in Streitfragen schärfer abgrenzen und deutlicher positionieren.

»Heim ins Reich«.  
 Konrad Henlein und der Reichsgau  
 Sudetenland 1938-1945,  
 R. Oldenbourg Verlag München  
 1999, 422 S.

Die Anschlüsse an Hitlerdeutschland vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verliefen auffällig ähnlich, ob es sich nun um die Saar 1935, Österreich im März 1938 und das Sudetenland im Oktober 1938 handelte: »Heim-ins-Reich!«-Propaganda; enthusiastische Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung des Anschlußgebietes in Referenden, Übertragung der politischen, rechtlichen, bis zu einem bestimmten Grade auch der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des Reichs auf die »heimgeholten« Gebiete. In einer Beziehung bildet das Sudetenland eine Ausnahme: der Führer der »Anschlußbewegung« blieb auch nach der Vereinigung der führende Vertreter des Reiches im angegliederten Gebiet. Das war durchaus nicht die Regel. Die Einpassung der neuen Länder in die Strukturen des Reiches übertrug man in Berlin in der Regel den eigenen Leuten. Keiner der in der »Deutschen Front« seit 1933 vereinigten Saarpolitiker wurde Chef des Saarlandes, als die Region 1935 wieder zu Deutschland kam, sondern ein Reichsdeutscher, Josef Bürckel. Der Führer der österreichischen Nationalsozialisten, Arthur Seyß-Inquart, war nur für ein oder zwei Tage Chef des »wiedergewonnenen« Österreich. Als Reichsstatthalter mußte er bald allen Einfluß an den neuernannten »Reichskommissar«, wiederum war es Josef Bürckel, abgeben. Konrad Henlein dagegen, der sich als Chef der Sudetendeutschen Partei seit Mitte der dreißiger Jahre dem nationalsozialistischen Führer in Berlin untergeordnet hatte, blieb nach dem Einmarsch der Wehrmacht in leitender Stellung. Er wurde Reichskommissar und Gauleiter für das Sudetenland, eine Funktion, die er bis zum Ende des Dritten Reiches innehatte.

Insofern ist es schon verständlich, daß es Ralf Gebel reizte, eine auf Henlein zentrierte Geschichte des Sudetenlandes zu schreiben. Doch dazu kam es nicht. »Die Quellenlage für die vorliegende Arbeit«, schreibt der Autor,

»erwies sich als überaus problematisch.« Er könne die Quellengrundlage nur als »zertrümmert« bezeichnen. Die 1945, fünf Minuten vor Zwölf, von den Nationalsozialisten im Sudetengau ergriffenen »ARLZ-Maßnahmen« (»Auflockerung, Räumung, Lähmung, Zerstörung«) wirken sich für die Forschung heute negativ aus. »Es gibt keinen einzelnen derart ergiebigen Quellenbestand, daß man ihn als das »Rückgrat« der Quellenbasis bezeichnen könnte. Ein »Nachlaß Henlein« etwa, der diesen Namen verdiente, existiert nicht. Schon deshalb erscheint es unmöglich, eine im eigentlichen Sinne biographische Arbeit über die Jahre Henleins als Gauleiter und Reichsstatthalter zu schreiben. Persönliche Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen Henleins sind praktisch nicht erhalten.« (S. 21).

So bleibt es im Buch bei einem wenige Seiten umfassenden Porträt des aufstrebenden Führers und bei einigen Seiten zu seinem Verhalten in den letzten Monaten und Tagen, bevor es mit ihm und dem Sudetengau im Mai 1945 zu Ende ging.

Das Buch hat dadurch gewonnen, denn – wie Gebel insbesondere anhand der Untersuchung der Auseinandersetzungen in der sudetendeutschen NSDAP 1939/40 feststellen konnte – Henleins Platzhalten im Anschlußgebiet war keinesfalls das Resultat relativer Selbständigkeit von Berlin. Sein Verbleiben an der Spitze des Sudetengaus ungeachtet heftiger interner Auseinandersetzungen war in erster Linie auf seinen Verzicht auf jedwede Autonomiebestrebungen und die vollständige Unterwerfung unter Hitler zurückzuführen.

Zu den wohl interessantesten Ausführungen Gebels gehören die über den Wandel der Haltung der Sudetendeutschen zu den von ihnen zunächst bewunderten und als überlegen betrachteten Reichsdeutschen. Im Ergebnis der harten Tatsachen von Gleichschaltung – wobei die im Vereinswesen besonders weh tat –, einer deutlich unter gehegten Erwartungen und gemachten Versprechungen liegenden ökonomischen und sozialen Realität in den Jahren nach der Vereinigung und der Enttäuschung darüber, von den Reichsdeutschen – ob sie nun in den Ämtern saßen oder im Verlaufe des Kriegs in den »Reichsluftschutzkeller« Sudetenland evakuiert wurden – als »für zivilisatorisch um Jahrzehnte zurückstehend,

hinterwäldlerisch und ein wenig primitiv«, kurz für Deutsche zweiter Klasse gehalten zu werden, traten an Stelle ursprünglicher Bewunderung Zweifel und teilweise auch Haß.

Die mentale Entwicklung wird anschaulich geschildert und an vielen Beispielen belegt. Auf diese Weise bereichert Gebels außerordentlich materialintensives, sorgfältig recherchiertes, vor einer kritischen Sicht auf bisherige (sudetendeutsche, tschechoslowakische und DDR-) Veröffentlichungen zum Thema nicht zurückschweigendes Buch unser Wissen um Anschläge und Anschlußfolgen anhand des sudetendeutschen Falles ganz erheblich.

JÖRG ROESLER

**Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik – Deutsche Einheit.**

Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90.

Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann

(= Dokumente zur Deutschlandpolitik. Sonderedition), R. Oldenbourg Verlag München 1998, 1667 S., (68,00 DM br., 148,00 DM geb.)

Es sollte ein entscheidender, der letzte Coup des »Kanzlers der deutschen Einheit« werden, rechtzeitig vor den Wahlen 1998. Sein Lebenswerk sollte von Historikern gewürdigt und ihm so ein Platz in den Geschichtsbüchern, möglichst auch im Bundeskanzleramt gesichert werden. Mit der »Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden«<sup>1</sup> wurde eine offiziöse und voluminöse Interpretation der Deutschlandpolitik des Kanzlers vor und während der entscheidenden Monate der Jahre 1989/90 versucht. Damals stutzte mancher Rezensent über den privilegierten Zugang handverlesener und kanzlernaher Historiker zu den Akten des Bundeskanzleramtes, die nur sie sehen und auswerten konnten. Augenscheinlich auch, um diesen verqueren Eindruck zu verwischen, hat das Kanzleramt die

Herausgabe einer umfangreichen Dokumentensammlung mit 430 Dokumenten (und einer Reihe von Beigaben) veranlaßt. Die freigegebenen Dokumente (mit gelegentlichen Auslassungen) sind solide ediert, Organigramm und detaillierte Register ermöglichen einen guten Zugriff. Die Bearbeiter haben eine gründliche Einleitung geschrieben. Der Vorwurf der einseitigen Geschichtsbetrachtung aus den Archiven könnte sich also zumindest für den unmittelbaren Einigungsprozeß etwas abschwächen. Nach den bislang grundlegenden Dokumentationen von Nakath/Stephan<sup>2</sup> und Potthoff<sup>3</sup> sind nun also weitere Dokumente zugänglich, die den bundesdeutschen Entscheidungsprozeß und die außenpolitischen Bemühungen Bonnens belegen. Wobei allerdings darauf zu verweisen ist, daß Helmut Kohl auch während seines unmittelbaren Arbeitsprozesses seine Historiker-Profession nicht leugnen mochte und sich um eine gute Figur in den Geschichtsbüchern aktiv mühte. »Die von ihm nicht abgezeichneten oder gar kommentierten Akten [hielten] auch für ihn immer die Chance offen ..., die Information nicht erhalten zu haben oder sie nicht zu kennen«. Da Kohl meist undokumentiert telefonierte, bleibt mancher Schleier ungelüftet. Schließlich wird übermittelt, daß es zumindest zu den Geheimkontakten BRD-DDR unterschiedliche Protokolle gab, wobei die entscheidenden den Vermerk trugen »Nach Lektüre bitte vernichten«.<sup>4</sup>

Kohl ahnte augenscheinlich schon früh – spätestens nach dem ebenso triumphalen wie für den Gast nachdenklichen Bonn-Besuch Michail Gorbatschows: »Der Westen habe zum ersten Male seit 40 Jahren ›die Karten in der Hand‹.« Er müsse nur »klug, nicht rechtshaberisch und ohne Illusionen vorgehe(n)« (S. 310). Er hatte recht, nur ging es dann nicht nur um bessere Beziehungen zum Ostblock, sondern um eine neue Weltordnung.

Der Band setzt mit der Dokumentation des Treffens Kohl-Bush am 30. Mai 1989 und eben dem Besuch Gorbatschows in Bonn Mitte Juni ein. Gorbatschow stieß Kohl bewußt oder unbewußt darauf, daß »die Distanz zur DDR deutlich (sei)« (S. 300). Die Sammlung schließt ebensowenig zufällig mit der Reproduktion einer Deklaration George Bush zum German-American-Day am 3. Oktober 1990. Persönlich widmete der US-Präsident: »Lie-

ber Helmut, ich hatte Freudentränen in den Augen, als ich dies unterzeichnete. In Würdigung Ihrer Leistung und in Freundschaft« (S. 1558). Der Kalte Krieg war gewonnen, beide Mächte und ihre Führer wußten um den jeweiligen Anteil.

Der Auswahl ist anzumerken, daß sie oftmals stark von den damaligen Entscheidungsträgern bestimmt ist. Komplexität und Gewichtung der vorgestellten Dokumente ist deshalb nur schwer nachzuvollziehen. Hier sei nur auf einige bezeichnende Lücken verwiesen. Der Bundesnachrichtendienst gehörte nach dieser Dokumentation wegen Ineffizienz aufgelöst, denn es findet sich kaum ein Hinweis, daß der Geheimdienst seiner Aufklärungs- und Informationspflicht für die Bundesregierung sinnvoll nachkam. Ein interner Diskussionsprozeß wird nur bedingt sichtbar. Kohl wird weder in seinem Verhältnis zur CDU/CSU-Fraktion noch zur Opposition vorgestellt, obwohl er ihnen gegenüber auch als Kanzler (und Parteivorsitzender) agierte und es Abstimmungsrunden gab. Eine andere Merkwürdigkeit ist der relativ geringe Raum, den die Verhandlungen zwischen der Noch-DDR und der Bundesregierung einnehmen. Bezeichnenderweise findet sich z.B. nicht einmal ein Protokoll über jenen geheimnisumwobenen Rapport des DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizières bei Kohl am 1. August 1990 an dessen Urlaubssitz am Wolfgangsee. Ebenso bleiben die Bemühungen um die »Allianz für Deutschland« und den Wahlkampf weitgehend im dunkeln. Schließlich sind auch die internen Abstimmungen mit der westdeutschen Wirtschaft eher belanglos mit Dokumenten belegt. Zum Beispiel traf sich der Kanzler am 20. Februar 1990 mit den führenden Vertretern der Wirtschaft und stimmte den Kurs in die Einheit mit ihnen ab. Genau hier klafft eine Lücke in der vorgelegten Überlieferung.

Trotz dieser Bedenken hinsichtlich der Aussagekraft, geschweige denn Ehrlichkeit der Zusammenstellung sind die Dokumente doch eine Fundgrube für die Beurteilung zumindest der westlichen Absichten und Ziele zu Zeiten der osteuropäischen und DDR-Krise. Gegen alle beckmesserischen Zweifel wird deutlich, daß Kohl in den entscheidenden Monaten zwischen November 1989 und September 1990 mit

hoher Zielstrebigkeit, viel Geschick und Diplomatie, bei ständiger Anpassung seiner Strategie sich vom Ziel der Herstellung der deutschen Einheit und der Ausschaltung des anderen deutschen Staates nicht abdrängen ließ.

Hier sei vor allem auf jene Aspekte verwiesen, die dies besonders unterstreichen. Die DDR mußte aus bundesdeutscher Sicht rücksichtslos in ihrer bisherigen Form ausgetilgt werden. Deshalb durfte einer Erneuerung auf sozialistischer Basis keine Chance eingeräumt werden. Darauf konzentrierten sich die Bonner Bemühungen nach dem Sturz Erich Honeckers und der Erkenntnis, daß mit Egon Krenz ein schwacher Partei- und Staatschef die Krise nicht aufhalten konnte. Dabei sollte aber unter allen Umständen das Desaster des 17. Juni 1953 verhindert werden. Die Hoffnungen wurden zunächst auf die Fernwirkungen des Wandels in Polen und Ungarn gelegt. Berechtigt konnte der Westen in der sich verschärfenden Krise davon ausgehen, so US-Vizeaußenminister Lawrence Eagleburger gegenüber Kanzleramtsminister Rudolf Seiters am 7. September, daß »die Existenz der Bundesrepublik Deutschland als solche bereits als destabilisierend für die DDR« wirke (S. 397). Nicht nur die Ständige Vertretung in der DDR-Hauptstadt hatte erkannt, daß die Besonderheit der Situation darin bestand, daß »die DDR ... sich in einer Krise (befindet), in der sie erstmals in ihrer Geschichte weitgehend isoliert ist« (S. 413).

Mit der Maueröffnung war Kohl klar, so gegenüber der britischen Premierministerin Margret Thatcher am 10. November, »daß das System der DDR in seinen Grundfesten getroffen sei« (S. 506). Entsprechend sprang Kohl nun mit der DDR um. Premier Hans Modrow holte sich nur Körbe bei seinen Hilfeersuchen, und auch die Bürgerbewegungen waren alsbald abgeschrieben. Hilfe war nur bei völliger Preisgabe des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR zu erwarten. Nicht Reformen für einen souveränen Staat, sondern allein die Vorbereitung des Anschlusses nach Artikel 23 des Grundgesetzes konnte Unterstützung erwarten lassen.

Die Sowjetunion unter Gorbatschow wandelte sich schnell vom Besitzer des »Schlüssels der deutschen Einheit« zur Knetmasse in den Fingern derjenigen, die Moskaus Lage

ausnutzen konnten. Die ökonomische und zunehmend auch politische Krise der Sowjetunion wurde massiv ausgenutzt, Gorbatschow mußte und wollte sich das gefallen lassen. Für ihn ging es nur noch ums nackte wirtschaftliche und damit politische Überleben. Wenn Gorbatschow gegenüber Kohls Vertrautem Horst Teltschik ausrief: »Die Sowjetunion braucht jetzt Sauerstoff.« (S. 1115), dann wußte er, daß nur noch aus Bonn Kredite und Waren kommen konnten.

In diesem Kontext sind die belegten Auseinandersetzungen im westlichen Bündnis insbesondere mit der ständig ablehnenden Thatcher und dem wankelmütigen Francois Mitterand von besonderer Aussagekraft. Schließlich entschied der enge Schulterschuß mit den USA, die selbst immer wieder von Bonn getrieben wurde, aber gleichzeitig sich als bewährter Helfer in dieser Situation erwies und die Sowjetunion für den Kurswechsel präparierte, als ausschlaggebend. Ohne dieses Zusammenwirken wäre der Sieg im Kalten Krieg nicht so überzeugend ausgefallen.

Der Wahl-Coup glückte Kohl nur bedingt. Ihm blieb der Wiedereinzug ins Kanzleramt verwehrt. Seine Zeit war die des Kalten Krieges und der Schaffung vollendeter Tatsachen für eine neue Weltordnung. Für jene Probleme, an denen die DDR scheiterte und über die er im Frühjahr/Sommer 1989 innenpolitisch fast stürzte – wovon ihn nur der Crash in der DDR bewahrte – für diese Probleme hatte er 1998 immer noch keine Antworten. An der von ihm veranlaßten wissenschaftlichen Mammutarbeit und vor allem an diesem Dokumentenband wird der Historiker nicht vorbeikommen – bis endlich die bundesdeutschen Archive offen sind.

STEFAN BOLLINGER

- 1 Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1998.
- 2 Siehe Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): »Vorwärts immer, rückwärts nimmer!«. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Hrsg. und eingeleitet von Gerd-Rüdiger Stephan unter Mitarbeit von Daniel Küchenmeister, Berlin 1994; Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987, Berlin 1995; dies.: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen, Dietz Verlag GmbH, Berlin 1996.
- 3 Siehe Potthoff, Heinrich: Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.
- 4 Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989 (= Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1998, S. 18, 19.

Marc Junge:

Bucharins Rehabilitierung.

Historisches Gedächtnis in der Sowjetunion 1953-1991.

(Studien und Dokumente zur Geschichte und Kultur Osteuropas; Band 1, Herausgegeben von Prof. Dr. Theodor Bergmann), BasisDruck Verlag Berlin 1999, 363 S.

Zu den Leistungen Gorbatschows in den Jahren der Perestrojka gehört die Wiederbelebung und Umstrukturierung der Rehabilitierungskommission. Die wechselvolle Geschichte dieser in der KPdSU umstrittenen Kommission des Politbüros, die zunächst unter einem anderen Namen agierte, ist weitgehend unbekannt. Die gegen den Widerstand einflußreicher Führungsmitglieder der KPdSU durchgesetzte Rehabilitierung des im Schauprozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« 1938 zum Tode verurteilten Nikolai Bucharin war ein Signal. Als im Juli 1987 die Rehabilitierung von Alexander Tschajanow in den »Moskowskie Nowosti« mitgeteilt wurde, traten die Auseinandersetzungen im Führungszirkel in eine entscheidende Phase, denn die Rehabilitierung des Wissenschaftlers erstreckte sich auch auf dessen theoretische Auffassungen.

Was auf diesen, Bucharins Verurteilung tangierenden »Probelauf« folgen würde, war offen. Nachdem das Militärkollegium des Obersten Gerichts der UdSSR das Urteil aufgehoben hatte, setzte der Widerstand der Konservativen in der KPdSU ein, denn sie hatten Stalin gründlich gelesen und wußten genau, was auf dem Spiel stand. Ihre Kontrahenten unter den Reformern scheuten das von ihnen immer wieder beschworene Licht der Glasnost und zogen es vor, im Verborgenen, hinter den Kulissen zu agieren. Marc Junge kommt im Resümee zu dem Schluß, daß die »Erhebung Bucharins zu einem sympathischen Vertreter eines menschlichen Reformsozialismus den Blick auf die tiefgreifenden Probleme der achtziger Jahre verstellt bzw. die Illusion erzeugt [hat], daß diese zumindest schnell und schmerzlos zu beseitigen seien.« (S. 267)



Während im Ausland die ersten Konferenzen aus Anlaß des 100. Geburtstages und 50. Todestages Bucharins im Jahre 1988 stattfanden, wurde in den Chefetagen der Parteieinrichtungen in der Sowjetunion alles getan, um den peinlichen Rückstand aufzuholen. Zwischen der juristischen und der politischen Rehabilitierung Bucharins lagen fünf Monate. Die Geschichte der Herausgabe des ersten Sammelbandes mit Aufsätzen von Bucharin im Jahre 1988 ist vom Rezensenten an anderer Stelle kommentiert worden. Mit Blick auf Gorbatschows Leistung, sich innerhalb der Partei durchzusetzen, die verschleppte Rehabilitierung wieder auf die Tagesordnung zu setzen und die Bereitschaft, die Reform weiterzuführen, zu signalisieren, ist die Frage berechtigt, wie es um die Begründung dieses Reformansatzes stand. Wie ist die »ohnehin für Anfang 1988 von der politischen Führung fest geplante Rehabilitierung« (S. 179) tatsächlich verlaufen?

Marc Junge untersucht und dokumentiert in der 1996 fertiggestellten Dissertationsschrift das Auf und Ab der langwierigen Rehabilitierung Nikolai Bucharins in der Sowjetunion. Der Autor hatte die Möglichkeit, während Studienaufenthalten in der Zeit von September 1990 bis November 1992 im »Zentrum für die Aufbewahrung zeitgenössischer Dokumente«, dem ehemaligen ZK-Archiv in Moskau, die entsprechenden Quellen einzusehen. Einen Eindruck davon, welcher Hilfe es seitens der Angehörigen und vieler russischer Kollegen bedurfte, diese und andere Dokumente ausgehändigt zu bekommen, vermittelt die Danksagung. Im Anhang der sorgfältig recherchierten Fallstudie über die Muster, Motive und Determinanten juristischer und politischer Rehabilitierung in der UdSSR sind 23 Dokumente veröffentlicht, die den drei Rehabilitierungskommissionen vorlagen, die in den fünfziger, sechziger und achtziger Jahren mit dem »Fall Bucharin« zu tun hatten.

»Innerhalb des zu untersuchenden historischen Zeitraums (1953 bis 1991) sollen verschiedene Etappen der Beschäftigung mit der Rehabilitierung Bucharins in der Sowjetunion markiert und ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede festgehalten werden.« (S. 13) Die »Differenz zwischen den auf internen Gutachten beruhenden Einschätzungen Bucharins

und der offiziellen Variante seiner Beurteilung« tritt deutlich hervor. (S. 23)

Nach Stalins Tod begann eine »stille Entstalinisierung«, aber an der Tabuisierung der »Politischen« änderte sich nichts. Erst mit dem 20. Parteitag setzte die von der Diskussion um die innerparteiliche Opposition begleitete Demontage Stalins ein. Die Feststellung, daß Gorbatschows Rede aus Anlaß des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution den von Chruschtschow in der »Geheimrede« vorgegebenen Rahmen nicht sprengte, korrespondiert mit Junges These, »daß es in den späten achtziger Jahren keine zusätzlichen Befragungen zu den Vorgängen im NKWD in den Jahren 1938-41 gegeben hat, die auch den Prozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« betreffen. Scheinbar hat man 1988 die schon vorhandenen Materialien lediglich systematisiert und geordnet«. (S. 55) 1956, heißt es an anderer Stelle, »hatte die Staatsanwaltschaft keinen Zugang zu den politisch brisanten Dokumenten im Zentralen Parteiarchiv, im ZK-Archiv oder Archiv des Politbüros«.

Marc Junge hält an dieser Arbeitshypothese fest, denn ihm lagen nur die von der dritten, zuerst von M. S. Solomenzew (seit 28. 9. 1987), dann von A. N. Jakowlew (seit 11. 10. 1988) geleiteten Kommission zur Veröffentlichung freigegebenen Dokumente vor. Die für den internen Gebrauch bestimmten Gutachten waren ihm bis auf eine Ausnahme (S. 178), nicht zugänglich.

Die Leerstellen der vorliegenden Studie sind eine Illustration der Archivpolitik und beleuchten schlaglichtartig die Verwendung der Archivmaterialien als Machtmittel. Was letzten Endes zur Umstrukturierung der dritten Rehabilitierungskommission im Oktober 1988 geführt hat, ist von sowjetischer bzw. russischer Seite nicht weiter kommentiert worden.

Überzeugend und dokumentengesättigt sind die Ausführungen des Vf. über die Arbeit der ersten zwei »Rehabilitierungskommissionen«. Einige wenige Details ließen sich ergänzen, u. a. die Veröffentlichung der 2. erweiterten und überarbeiteten Ausgabe von Vaganovs Buch »Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B) und ihre Zerschlagung« im Jahre 1977. Weiterer Diskussion und Präzisie-

rung bedürfen die in weitgehender Ausklammerung des Früh- und Spätwerkes vorgenommenen Wertungen über den Leninisten und Dialektiker Bucharin, die in der UdSSR während der Amtszeit der dritten Rehabilitierungskommission eher postuliert, denn begründet worden sind. An die Stelle eines konjunkturellen Ausschlachtens von Bucharin als Torso tritt heute die Möglichkeit einer seriösen Beschäftigung mit dem Gesamtwerk, vor allem unter Einbeziehung der Korrespondenz und seiner »Gefängnisschriften«. Der in Ost und West entdeckte »Bucharinismus« ist kritisch auszuleuchten.

Zu den gelungenen Abschnitten der Studie gehört die Darstellung der Einbeziehung der Angehörigen Bucharins in das Rehabilitierungsverfahren. Da die Buchpublikation in Anlage und Gliederung der Dissertationschrift folgt, ist die anschließende Auseinandersetzung um Bucharin, seine Rehabilitierung und sein Erbe nur kurz angedeutet und in die Fußnoten verlegt worden. Schade, daß nicht wenigstens ein knapper Ausblick aufgenommen worden ist, der den chronologischen Rahmen der Studie etwas verschiebt. Die Rehabilitierung, es ist auch von ihren »schwierigen Seiten« für die Angehörigen die Rede, war und bleibt umstritten. So ist es bis auf den heutigen Tag geblieben. Dafür nimmt die Zahl der Versuche zu, Bucharin zu instrumentalisieren und zu diskreditieren.

Heute hat weder die Jelzin-Administration noch die »kommunistische Opposition« ein wirkliches Interesse an der Analyse der Mechanismen stalinistischer Herrschaft. Was hat die Rehabilitierung eigentlich bewirkt, wenn die Archive weitgehend unzugänglich bleiben, und die Meinung vorherrscht, die Historiker sollten um des gesellschaftlichen Friedens willen nicht die dunklen Seiten der vaterländischen Geschichte ausleuchten? Bildlich gesprochen, sind heute nicht Chirurgen, sondern Therapeuten gefragt. Eine neue Lesart des Orwellschen Satzes »Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft«.

Leider haben sich bei der Drucklegung des Manuskriptes Fehler in der Schreibweise der russischen Namen eingeschlichen. In vielen Fällen wäre es ohne großen Aufwand möglich gewesen, die fehlenden Vor- und Vatersnamen zu ergänzen. Durch die Heranziehung neuer

russischer Veröffentlichungen wären viele der zum Zeitpunkt der Arbeit an der Dissertation nicht bekannte Personen zu identifizieren gewesen. Z. B.: Shukow, Iwan Pawlowitsch (1889-1937) – Von Juni 1933 bis September 1936 Stellvertreter des Volkskommissars für Nachrichtenwesen. Seit dem 19. 10. 1936 Volkskommissar für lokale Industrie der RSFSR. 1937 entlassen, auf dem Juni-Plenum 1937 aus dem ZK und der KP ausgeschlossen, erschossen am 30. 10. 1937. War Rykows Mitarbeiter. Oder: Uschakow (Uschimirskij), Sinowij Markowitsch (1895-1940) – Mitarbeiter des NKWD, Untersuchungsführer im Prozeß gegen Tuchatschewski. Am 5. 9. 1938 verhaftet, am 4. 2. 1940 zum Tode verurteilt.

Bei der Trennung des Sach- und Personenregisters sind einzelne Schlagworte übersehen und nicht in das entsprechende Register übernommen worden. Diese wenigen Mängel lassen sich schnell beheben. Das wichtigste ist, daß es dem BasisDruck Verlag und dem Herausgeber gelungen ist, die neue Schriftenreihe mit einer vorzüglich recherchierten Studie zu eröffnen. Der auf diese Weise vorgegebene Standard sollte nicht unterschritten werden.

WLADISLAW HEDELER

Ludwig Eiber:

Die Sozialdemokratie  
in der Emigration.

Die »Union deutscher sozialistischer  
Organisationen in Großbritannien«  
1941-1946 und ihre Mitglieder.

Protokolle, Erklärungen, Materialien.

Beiheft zum Archiv für  
Sozialgeschichte, Band 19,

J.H.W. Dietz Nachfolger Bonn 1998

Mit diesem Band liegen nun die wichtigsten Materialien der Führungsgremien der deutschen Exilsozialdemokratie von 1933 bis 1945 vor, nachdem im Beiheft 15 dieser Reihe die Zeit von 1933 bis 1941 behandelt worden war. Gut tat der Bearbeiter daran, die Dokumentation nicht mit dem Frühjahr 1945 zu beenden – einer wichtigen Zäsur in der deutschen Geschichte, die aber für die Darstellung von Pro-

zessen oft zu einer fast unüberwindbaren Barriere geworden ist –, sondern sie bis Herbst 1946 zu führen, da so der Vergleich mit der Entwicklung in den Besatzungszonen Deutschlands erfolgen kann.

In Anlage, Konzept und Verfahrensweise folgt Eiber im wesentlichen dem erwähnten Band. Und wie dort beschränkt er sich nicht auf Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn, sondern bezieht weitere Archive ein, in denen das zerstreute Material lagert. Ursprünglich war vorgesehen, nur die vollständig im Bonner Archiv liegenden Protokolle der Londoner Union, nicht aber Dokumente ihrer Mitgliedsorganisationen aufzunehmen.

Nachdem um 1938 ein sogenannter Konzentrationsprozeß der deutschen Sozialdemokratie von SOPADE (so die Bezeichnung des Exilpartei Vorstandes) und verschiedenen Gruppen gescheitert war, entstand erst im Frühjahr 1941 die Union sozialistischer Organisationen in Großbritannien. Diesem Zusammenschluß gehörten lediglich zwei Mitglieder des früheren Parteivorstandes – Hans Vogel und Erich Ollenhauer – an. Trotz heftiger Kontroversen hielt dieser bis dahin und darüber hinaus seinen Führungsanspruch aufrecht, auch wenn er sich nun wieder als Parteivorstand der SPD bezeichnete. Weiter gehörten der Union die Leitungen von Neu Beginnen, Internationalem Sozialistischem Kampfbund und Sozialistischer Arbeiterpartei an. Erklärungen wurden in der Regel gemeinsam, bei Vetorecht der einzelnen Mitgliedsorganisationen, abgefaßt. Am 6. März 1941 wurde die Gründungserklärung beschlossen, wonach die Union ein Bündnis der vier Organisationen zum Kampf gegen das Hitlerregime bei »Wahrung ihrer politischen Unabhängigkeit« sei (S. XXVIII), die Aufnahme anderer sozialistischer Organisationen wurde stets abgelehnt. Ende 1945 vereinigten sich die in London verbliebenen Mitglieder der Gruppe zur »Vereinigung deutscher Sozialdemokraten in Großbritannien« zugleich entstand eine »Londonvertretung der SPD«. Die Existenzbedingungen – Emigration zum einen, teilweise Ausgrenzung durch die britische Labour Party und die sozialdemokratische Emigration anderer Länder zum zweiten, und innere Auseinandersetzungen und Konflikte zum dritten

belasteten die Union in diesen Jahren. Einen guten Überblick zum Thema – Darstellungen zur Geschichte der SPD einmal ausgenommen – speziell bot bisher lediglich die Monographie von Werner Röder »Die deutschen sozialistischen Exilgruppen von Großbritannien 1940-1945«. Nunmehr kann sich der historisch Interessierte an Hand vieler Originalquellen selbst ein Urteil über den widersprüchlichen inneren Entwicklungsprozeß der sozialdemokratischen deutschen Emigration in Großbritannien bilden.

Der Band gliedert sich in eine (sehr instruktive) Einführung, einen Dokumententeil (einschließlich unverzichtbarem Dokumentenverzeichnis und Editionsprinzipien) sowie Quellen-/Literaturverzeichnis, Personen- und Sachregister. Die Einführung behandelt in unterschiedlicher Ausführlichkeit die Rahmenbedingungen der deutschen Emigration in Großbritannien, den SPD-Vorstand und die sozialdemokratische Landesorganisation in Großbritannien, den Internationalen Sozialistischen Kampfbund, die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und – zwar nicht zwingend notwendig, aber voll gerechtfertigt – die Landesgruppe deutscher Gewerkschaften. In gleicher Weise ist der Dokumententeil strukturiert, hier fehlt – da nicht der Union angehörend – die Gewerkschaftsgruppierung. Zu den zahlreichen bisher unbekanntem Dokumenten gehören u.a. der Briefwechsel von Ollenhauer mit Kurt Schumacher und Otto Grotewohl. Ganz am Rande bietet sich auch Aufschlußreiches über die Zusammenarbeit mit britischen Geheimdiensten.

Der behandelte Zeitabschnitt bildet in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie eine oft unterschätzte Periode. Und doch wurden in ihr entscheidende Linien für die Entwicklung der Nachkriegs-SPD gezogen und jene Positionen und Handlungsmuster herausgebildet, die für die Rekonstruktion der SPD in den Westzonen/Bundesrepublik nach 1945 entscheidend und dominant wurden. Vorliegender Band belegt dies vorrangig an programmatischen Vorstellungen und politischen Aktionen der Union. Sie lassen sich holzschnittartig auf den Nenner bringen: Abkehr von den Positionen, die in den Jahren 1933-1935 in der deutschen Sozialdemokratie im Ergebnis der Auseinandersetzung um die Nie-

derlage mit dem Nationalsozialismus entstanden waren, und Übergang zu Konzepten, die dann in der Nachkriegs-SPD zum Godesberger Programm führten. Die Londoner Union entwickelte – insbesondere mit ihren Richtlinien – programmatische Vorstellungen zu den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft: zu Wirtschaft, Staat, Verfassung und Justiz, Kultur, Erziehungs- und Bildungswesen. Diese programmatischen Leitlinien – vor allem in zwei Programmkommissionen unter Leitung von Ollenhauer und Heidorn die Politische Kommission, die Organisationskommission unter Schoettle und Neumann – hatten viele Parallelen und Übereinstimmungen mit dem Neuaufbau der SPD in den Westzonen. Nach Eiber bot sie die Basis für die Rekonstruktion der SPD nach 1945. Dies scheint etwas absolut geurteilt. Vielmehr scheint es, daß sich bestimmte Positionen in der gesamten deutschen Sozialdemokratie in dieser Zeit finden lassen, die sich aber unterschiedlich durchsetzten und in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945 abgebrochen wurden. Zudem schränkt der Bearbeiter selbst ein, daß der SPD-Vorstand in Deutschland 1945 vom Ziel der Gründung einer neuen sozialistischen Partei abrückte und sich den entscheidenden Einfluß auf die Rekonstruktion der SPD in Deutschland sichern wollte, der Wiederaufbau der SPD keine Entscheidung aus London war und auch mit Anerkennung des Führungsanspruchs des Exilvorstandes zusammenhing. (LIXX und LXX)

Immerhin bietet die Union interessante Namen, die in der Entwicklung der bundesdeutschen SPD nach 1945 einen wichtigen Platz einnahmen. Zu nennen sind u. a. Willi Eichler, Gerhard Gleissberg, Willi Heidorn, Richard Löwenthal, Werner von Knoeringen, Erwin Schoettle, der Gewerkschafter Hans Gottfurcht. Allerdings ist auch zu beachten, daß einige prominente sozialdemokratische Emigranten in Großbritannien gar nicht der Union angehörten (Karl Höltermann, Wenzel Jaksch), die Emigranten erst relativ spät nach Deutschland zurückkehrten (Ollenhauer im Frühjahr 1946 und Sander 1949), andere verstarben noch vor Kriegsende oder Rückkehr (Vogel Oktober 1945 in London) oder kamen erst gar nicht wieder zurück (Ernst Fröhlich, Victor Schiff).

Die Dokumente belegen, daß die in der Londoner Emigration entwickelten konzeptionellen inhaltlichen Vorstellungen über Politik und Programmatik der Sozialdemokratie auch in den Westzonen 1945/46 existent waren und für die folgenden Jahrzehnte zur tragenden Säule der Entwicklung der SPD wurden. Dazu gehörten insbesondere die ideologische und soziale Öffnung (Abkehr vom Marxismus als Grundlage und Hinwendung zum weltanschaulichen Pluralismus sowie Übergang von der Klassen- (Arbeiter-) zur Volkspartei. Politisch zählt dazu die Ab- und Ausgrenzung gegenüber der KPD, die in der Weltkriegszeit zur Ablehnung einer antifaschistischen Aktionsgemeinschaft und nach dem Krieg (in den Westzonen) zur Ablehnung antifaschistischer, demokratischer Aktionsausschüsse gemeinsam mit Kommunisten führte. Wesentlich beeinflusst waren diese Positionen durch die Entwicklung in der Sowjetunion, wobei die Positionen der Mitgliedsorganisationen in der Union teilweise differierten.

Insgesamt bietet der Band dem Historiker, der sich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterparteien und -bewegung – nicht nur speziell zu diesem Zeitabschnitt – beschäftigt, unverzichtbare Primärquellen. Künftige Forschungen über die SPD in der Zeit von 1933 bis 1945 kommen an dem Band nicht vorbei.

HERBERT MAYER

## Berichtigung

In Heft 106 (August 1999), S. 84f. besprach Fritz Vilmar das Buch »Euer Name lebt. Zur Geschichte der Juden in der Region Bersenbrück« aus dem Rasch Verlag Bramsche. Leider wurde der Name der Autorin falsch wiedergegeben. MARIA VON BORRIES bat uns, dies zu korrigieren. Wir entschuldigen uns sowohl bei ihr als auch bei unseren Lesern.

Die Redaktion